

Roland Schäfer

Bürgermeister der Stadt Bergkamen

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Thesenpapier:

Wie sollen Kommunen wirtschaften?

Chancen und Gefahren von Rekommunalisierungen

DGB-Fachtagung „Zurück zur öffentlichen Hand“

Berlin, 10. Januar 2012

Bereits seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts versorgen Städte und Gemeinden ihre Bürger mit Wasser, Gas und Strom. Nicht viel später kamen Abwasser- und Abfallentsorgung sowie weitere Dienstleistungen der Daseinsvorsorge hinzu.

Zentrale Idee der Daseinsvorsorge ist die Orientierung am Gemeinwohl, verstanden als Gesamtinteresse der Bürgerschaft.

Das Gemeinwohl beinhaltet Gedanken wie Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Erschwinglichkeit einer Leistung für breite Bevölkerungsschichten sowie Erhalt von Qualitäts-, Umwelt- und Sozialstandards. Gemeinwohlorientierung steht zwar im Widerspruch zu dem Ziel reiner Profitmaximierung, nicht aber im Widerspruch zu betriebswirtschaftlichem Denken oder Gewinnerzielung.

In den Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik entwickelte sich aber eine Tendenz, immer mehr Leistungen der Daseinsvorsorge auf Private zu übertragen. Hinter dem Motto „Privat vor Staat“ stand die weit verbreitete Auffassung, private Unternehmer seien letztlich leistungsfähiger und effizienter als es eine Behörde je sein könne.

Ausgelöst durch Negativerfahrungen von Privatisierungs- und ÖPP-Projekten kehrt sich diese Entwicklung in den letzten Jahren um. Zu diesem Trend zur Rekommunalisierung trägt auch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch ein eklatantes Versagen von Topmanagern der Privatwirtschaft, bei.

Ebenso sind auch bei einer Reihe von Kommunalpolitikern und Führungskräften der Verwaltung die Überzeugung und das Selbstbewusstsein gewachsen, dass kommunale Eigenbetriebe und Gesellschaften durchaus effizient organisiert und geführt werden können.

Die Entscheidung, eine bislang privat vergebene Aufgabe zu rekommunalisieren, ist allerdings eine unternehmerische Weichenstellung der Kommune, die sorgfältig abgewogen und vorbereitet werden muss. Ein „Rundum-sorglos-Paket“ gibt es nicht.

In Bergkamen ist seit 1995 schrittweise die Versorgung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser in eine interkommunale Stadtwerke-GmbH und die Straßenreinigung und Müllabfuhr in einen kommunalen Eigenbetrieb kommunalisiert worden.

Wie die erfolgreichen Kommunalisierungen in Bergkamen und in anderen Städten zeigen, ist die kommunale Eigenerledigung auf jeden Fall eine ernsthaft zu prüfende Alternative, die bei gleicher oder besserer Wirtschaftlichkeit eine Reihe von zusätzlichen Vorteilen für die Bürgerschaft mit sich bringt.

Für eine kommunale Aufgabenerfüllung spricht:

- Schaffung sozialversicherungspflichtiger und tariflich bezahlter Arbeitsstellen zur Stärkung von lokaler Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation und Kaufkraft in der eigenen Stadt
- gezielte Auftragsvergaben an heimische Unternehmen von Handwerk und Mittelstand als örtliche Wirtschaftsförderung
- flexible und kurzfristige Reaktion auf Bürgerwünsche und neue Anforderungen - und damit mehr Bürgernähe
- Berücksichtigung von nichtmonetären Zielen wie Umweltschutz, Verbraucherschutz, Sozialstandards etc.
- direktere Steuerung durch Rat und Verwaltung - und damit ein Instrument der Stadtentwicklung
- zusätzlich bei wirtschaftlicher Tätigkeit: Gewinnerzielung zugunsten der Kommune und ihrer Bürgerinnen und Bürger und nicht zugunsten einer fernen Konzernzentrale

Nur eine konkrete Abwägung vor Ort kann die jeweils günstigste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger ermitteln.

Im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung ist allein wichtig, dass die Verantwortlichen einer Kommune sich klar machen, welche Handlungsalternativen ihnen konkret offen stehen, eine sorgfältige, nachvollziehbare Abwägung durchführen und dann erst im Interesse ihrer Bürgerschaft eine transparente Entscheidung treffen.

Kontaktdaten:

buergermeister@bergkamen.de

www.bergkamen.de

www.roland-schaefer.de

www.dstgb.de